

# 15 Forderungen für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen im Saarland

*Von Markus Tressel, Mitglied des Deutschen Bundestages und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.*

**Trotz finanzieller Spielräume sieht die Saarländische Landesregierung in ihren am vergangenen Sonntag beschlossenen Eckdaten zum geplanten Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 lediglich eine leichte Erhöhung der Finanzmittel für Universität und HTW um zusammen lediglich 15 Millionen Euro vor – einem Tropfen auf den heißen Stein angesichts des derzeitigen rigiden Sparkurses und des immensen Sanierungsstaus, der alleine an der Universität fast eine halbe Milliarde Euro umfasst.**

Die Wiedereinführung von Studiengebühren unter dem Namen Verwaltungsbeitrag, Gebäudeschließungen und die ursprüngliche Absicht von Bauminister Bouillon, Studierende in Zelten unterzubringen, sind mittlerweile Sinnbilder für den massiven Sanierungsstau und die rigide Sparpolitik der Großen Koalition aus CDU und SPD an den saarländischen Hochschulen, die diese immer mehr in eine dramatische Abwärtsspirale bringt.

Dabei sind die saarländischen Hochschulen zentrale Orte des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung im Land und bieten durch ihre wissenschaftlichen Impulse sowie Innovations- und Gründungsfreudigkeit die Voraussetzungen für sichere Arbeitsplätze und gute Lebensbedingungen für die Saarländerinnen und Saarländer.

Erfolgreiche Hochschulen benötigen Verlässlichkeit und entsprechende Freiräume. Die Große Koalition hat den Etat der Hochschulen hingegen bis 2020 erstmal eingefroren. Zudem muss ein Großteil der Tarif- und Energiekostensteigerungen durch Ausgabenkürzungen finanziert werden. Diese Sparmaßnahmen machen Einsparungen in Höhe von rund 7,5 Prozent laut Landeshochschulentwicklungsplan notwendig.

Die Folgen dieser Kahlschlagpolitik sind unvermeidlich: Drastisch zurückgehende Studierendenzahlen an der Universität, die Wiedereinführung von Studiengebühren, der Rückbau von Fakultäten, die Streichung von Fächern, die Einschränkung von Serviceangeboten für Studierende, Personalabbau, weniger studentischer Wohnraum auf dem Uni-Campus und nicht zuletzt die Schließung des Botanischen Gartens. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse bereits seit Langem an der Tagesordnung; wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungspersonal sind am Rande der Leistungsfähigkeit und beklagen teils extreme Arbeitsverdichtung.

## **1. Sparkurs unverzüglich stoppen – Globalhaushalte deutlich erhöhen**

Die Hochschulen im Saarland benötigen eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung. Die Große Koalition muss unverzüglich ihren rigiden Sparkurs beenden. Die Grundfinanzierung muss gestärkt, sowie Tarif- und Energiekostensteigerungen vollumfänglich durch das Land übernommen werden. Globalhaushalte mit Mehrjährigkeit und Deckungsfähigkeit, die mit Berichtspflichten und klaren Rahmenbedingungen einhergehen, sind unabdingbar zur Sicherung der verfas-

sungsmäßig garantierten Hochschulautonomie. Erhöhungen um 15 Millionen für Universität und HTW zusammen, wie von der Landesregierung geplant, sind völlig unzureichend und lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

## **2. Sanierungsstau auflösen**

Qualitativ hochwertige Forschung und Lehre können nicht in maroden Hochschulgebäuden oder gar Zelten praktiziert werden, wie von Bauminister Bouillon mal beabsichtigt. Für die zügige Umsetzung der Baumaßnahmen ist es dringend erforderlich, die Bauherrenfunktion vom Land auf die Hochschulen zu übertragen, den Bauhaushalt aufzustocken und ihnen das dafür benötigte Personal zur Verfügung zu stellen sowie nach dem Desaster bei dem HTW-Hochhaus auf öffentlich-private Partnerschaften gänzlich zu verzichten. Bei notwendigen Gebäudeschließungen muss für die Übergangszeit ein alternatives Unterbringungskonzept in bestehenden Räumlichkeiten organisiert oder modulare Containergebäude errichtet werden. Gebäudelösungen außerhalb Saarbrückens sind unbedingt zu vermeiden.

## **3. Studiengebühren wieder abschaffen**

Die von der Großen Koalition aus CDU und SPD den Hochschulen aufgezwungenen neuen Studiengebühren unter dem Namen „Verwaltungskostenbeitrag“ von pauschal 50 Euro sind ein verheerendes Signal für den Hochschulstandort Saarland. Die Wiedereinführung der Studiengebühren verschärft die Selektion im Bildungsbereich nach sozialen Gesichtspunkten, indem es Kinder aus sozial schwächeren Familien deutlich erschwert wird einen Hochschulabschluss zu erlangen. Das Saarland braucht jedoch mehr Jugendliche, die sich für ein Studium entscheiden und nicht weniger. Auch kann sich das Land nicht leisten, dass noch mehr junge Menschen abwandern.

## **4. Campus-Entwicklungsplan aufsetzen**

Auf Grund der geografischen Lage sind auf dem bestehenden Uni-Campus Neuan siedlungen nur schwer oder gar nicht mehr möglich. Als technische Hochschule böte beispielsweise die HTW am Campus Alt-Saarbrücken den Ankerpunkt zum sukzessiven Aufbau eines zweiten Wissenschafts-Campus in attraktiver Innenstadt lage unter Hinzuziehung des Stadtwerke- und Messegeländes, was auch mit der dringend notwendigen Aufwertung des Stadtteils Alt-Saarbrücken verbunden wäre. Auch andere Standorte für ein derartiges Wissenschaftsquartier, gegebenenfalls auch mit der Nutzung bestehender Gebäude könnten geprüft werden. Die Debatte um den Platzbedarf des Helmholtz-Zentrums hat gezeigt, dass systematisch geplant werden, wo und wie so etwas möglich ist. Ein modernes Wissenschaftsquartier in der Innenstadt könnte auch für Startups interessant sein.

## **5. Neues Wohnheim auf dem Uni-Campus errichten**

Seit Jahren fehlen durch die Schließung des maroden Wohnheims D an der Universität 260 dringend notwendige Zimmer für Studierende. Dabei ist preisgünsti-

ger Wohnraum in Saarbrücken knapp. Wer jungen Menschen zumutet bis zu 400 Euro monatlich für Wohnraum zu zahlen, koppelt den Zugang zu universitärer Bildung an den Geldbeutel der Studierenden und ihrer Eltern. Der ersatzlose Wegfall der 260 Wohnheim-Plätze ist keine Option. Die Landesregierung darf sich nicht weiter hinter privaten Investoren und Banken verstecken, wenn es um die Schaffung studentischen Wohnraums auf dem Uni-Campus geht. Das Land muss selbst aktiv werden und ein neues Wohnheim errichten.

## **6. Forschungsgelder und Kompensationsmittel nicht zweckentfremden**

Als Folge des rigiden Sparkurses der Großen Koalition ist die Universität gezwungen, regelmäßig Forschungsgelder und Kompensationsmittel zweckzuentfremden. So sollen Forschungsgelder für die Sanierung maroder Gebäude verwendet werden. Die Kompensationsmittel aus dem Wegfall der Studiengebühren werden bereits zur Aufrechterhaltung des Lehrangebotes verwendet, statt wie vorgesehen die Studien- und Lehrqualität zu verbessern. Diese Praxis muss durch eine auskömmliche Finanzierung aus dem Landeshaushalt beendet werden.

## **7. Hochschulentwicklungsplan grundlegend überarbeiten**

Der derzeitige Hochschulentwicklungsplan ist eine Bankrotterklärung der Großen Koalition im Hinblick auf eine zukunftsweisende Hochschulpolitik. Die Große Koalition erhebt darin die illusorische Forderung, mehr Leistung bei erheblich weniger Geld abzuliefern und wirft zudem das Prinzip der Hochschulautonomie über Bord, indem sie Vorgaben bis hinein in den Bereich einzelner Professuren und Verwaltungsposten macht. Der Hochschulentwicklungsplan ist daher dringend zu überarbeiten.

## **8. Qualität der Lehre erhöhen**

An der Universität werden Tutorien gestrichen und Bibliotheksöffnungszeiten immer weiter eingeschränkt. Studienbegleitende Tutorien, ein nutzerfreundliches Bibliotheksangebot, moderne Technikausstattung und Räume sowie ein gutes Betreuungsverhältnis zwischen Hochschullehrenden und Studierenden müssen zukünftig wieder selbstverständlich und noch besser werden.

## **9. Arbeitsbedingungen verbessern**

Viele Lehrende und Forschende mit befristeten Verträgen benötigen endlich eine verlässliche Zukunftsperspektive. Auch insgesamt muss der Anteil befristeter Verträge endlich deutlich verringert werden. Nur so kann der Arbeitsplatz Hochschule attraktiver werden.

## **10. Mehr Frauen in Führungspositionen**

Das Präsidium und insbesondere viele Lehrstühle sind immer noch mehrheitlich oder überwiegend mit Männern besetzt. Es sind deutlich mehr Anstrengungen zu

unternehmen, um Geschlechterparität in Forschung, Lehre und Verwaltung zu erreichen und auch mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen.

### **11. Öffnung der Hochschulen für Diversität und Chancengerechtigkeit**

Die Hochschulen müssen sich für Menschen mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen und Biografien öffnen. Dazu können differenzierte Lehr- und Lernangebote vom klassischen Präsenzstudium bis hin zum Fernstudienangeboten einen Beitrag leisten. Gleichzeitig sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und durch Onlineangebote Möglichkeiten zu schaffen, berufsbegleitendes Lernen oder Weiterbildungen zu organisieren und den Zugang zur Hochschulbildung einem breiten Interessentenkreis zu öffnen.

### **12. Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung**

Eine Innovationsstrategie zur Beschleunigung des Strukturwandels mit einer Priorisierung zentraler, auch grüner Zukunftsthemen ist dringend erforderlich. Dazu gehört die ressourcenschonende Produktion in Wirtschaft und Industrie ebenso wie die Digitalisierung, der Ausbau und die Nutzung der erneuerbaren Energien und der Querschnittbereich der Nachhaltigkeit.

### **13. Wiedereröffnung des Botanischen Gartens**

Der Botanische Garten als Bildungs- und Kulturort muss wiedereröffnet werden und Kooperationen mit den saarländischen Zoos oder dem Deutsch-Französischen-Garten geprüft werden. Die Finanzierung kann zum Beispiel durch Mittel aus dem Kulturfonds des Saarlandes gewährleistet werden.

### **14. Drittmittelforschung transparent machen**

Transparenz schützt die Forschungsfreiheit und liegt im Interesse der Wissenschaft. Deshalb muss privat wie auch öffentlich finanzierte Drittmittelforschung deutlich transparenter werden und in einer öffentlich zugänglichen Forschungsdatenbank mit Inhalten, Geldgeber und Fördersummen publiziert werden.

### **15. Stärkere Vernetzung der Hochschulen im In- und Ausland**

Die saarländischen Hochschulen müssen mit den Hochschulen im Saar-Lor-Lux-Raum noch stärker vernetzt werden. Neue, innovative oder auch internationale Studiengänge sind durch eine stärkere Bündelung und Kombination von Fachwissen über die Landesgrenzen hinweg kostenneutraler für die Gesamtregion anzustoßen. Die gleichzeitige Einschreibung an zwei bis drei Hochschulen der Region muss möglich werden.